



Positionspapiere der Arbeitskreise zur Winterklausur 2026

AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag

AK 1: Haushalt

AK-Leiter: Andreas Jurca

1. Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)

Bayern profitiert im Doppelhaushalt 2026/2027 erheblich vom Bundes-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (LuKIFG). Allein in diesem Zeitraum sind rund sieben Milliarden Euro eingeplant, langfristig bis zu 15,7 Milliarden Euro. Diese Mittel ermöglichen Investitionen, ohne dass der Freistaat formal neue Schulden aufnimmt. Faktisch handelt es sich jedoch um kreditfinanzierte Bundesmittel, die über Gemeinschaftssteuern von den Bürgern – auch in Bayern – zurückgezahlt werden müssen. Die Staatsregierung kaschiert damit eigene Versäumnisse bei der Infrastrukturfinanzierung und verlagert Verantwortung auf den Bund.

2. Zuwanderungs- und Integrationsfonds

Für Asyl, Zuwanderung und Integration sind im Doppelhaushalt erneut rund 5,3 Milliarden Euro vorgesehen, also mehr als 2,6 Milliarden Euro pro Jahr. Gleichzeitig wird von einer „Asylwende“ und sinkenden Zugangszahlen gesprochen. Diese Zahlen stehen in keinem plausiblen Verhältnis zueinander. Die AfD-Fraktion hält fest: Diese Ausgaben belasten den Staatshaushalt dauerhaft, verschärfen den Druck auf Kommunen und Wohnungsmarkt und hätten in diesem Umfang niemals entstehen dürfen. Wenn solche Kosten anfallen, sind sie vollständig vom Bund zu tragen.

3. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Die AfD-Fraktion spricht sich für eine Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer aus. Substanzbesteuerung gefährdet insbesondere Familienbetriebe und den generationenübergreifenden Vermögensaufbau. Statt immer neuer fiskalischer Zugriffe braucht es Planungssicherheit, Schutz von Eigentum und eine klare Entlastung produktiven Kapitals.

4. Auf Bundesebene: Steuern senken, Investitionen ankurbeln

Die hohe Steuer- und Abgabenlast wirkt investitionshemmend und bremst wirtschaftliches Wachstum. Anstatt immer neue Sondervermögen und Förderprogramme aufzulegen, fordert die AfD-Fraktion eine spürbare Senkung von Bundessteuern und Abgaben. Nur so können private Investitionen angereizt, Innovationen ermöglicht und nachhaltiges Wachstum erzeugt werden – ohne dauerhafte Staatsintervention.

5. Schuldenabbau; keine neuen Schulden; neue Schuldenbremse nicht ausnutzen

Die Staatsregierung rühmt sich der „Schwarzen Null“, tilgt jedoch lediglich rund 50 Millionen Euro pro Jahr aus dem Corona-Sonderfonds. Ursprünglich war eine jährliche Tilgung von rund 500 Millionen Euro vorgesehen. In diesem Tempo würde die Rückzahlung der Krisenschulden Generationen dauern. Die AfD-Fraktion fordert eine deutlich beschleunigte Schuldentilgung und eine Rückkehr zu dem Ziel echter Schuldenfreiheit – nicht nur in der Buchhaltung, sondern real.

AK 2: Inneres

AK-Leiter: Jörg Baumann

Kommunen der Zukunft gestalten: Bayern sicher und zukunftsfähig machen!

Bayerns Kommunen sind in Not. Immer mehr Aufgaben stehen immer weniger Einnahmen aus den Steuern gegenüber. Unser Ziel lautet: Die Kommunen müssen zukunftsfähig werden – technisch und finanziell! So ist ein schöneres Stadtbild machbar. Dies ist durch folgende Maßnahmen zu erreichen:

- Mehr direkte Demokratie: Eine Abwahl von Bürgermeistern muss möglich werden.
- Mehr Mitentscheidung beim Asyl: Wir fordern die Einführung eines kommunalen Asylnotstands. Durch einen Beschluss des Gemeinderats soll die weitere Aufnahme von Asylbewerbern aufgrund der bestehenden Notlage vorübergehend ausgesetzt werden können.
- Alle verbindlichen Asylkosten der Kommunen müssen durch den Bund gedeckt werden, einschließlich der daraus folgenden Asylfolgekosten.
- Der Freistaat arbeitet gemeinsam mit den Kommunen an der Automatisierung und der Digitalisierung der Stadtverwaltung der Zukunft. Milliardenersparungen sind so möglich.
- Kommunen ertüchtigen – Sonderprogramm Katastrophenschutz (Flyer für Katastrophenfall, finanzielle Mittel für THW, Feuerwehr, Rettungsdienste).
- Ein Verbot des aggressiven/aufdringlichen Bettelns auf Bayerns Straßen.
- Asylbewerber und Flüchtlinge müssen in den Kommunen zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden. Im Falle einer Arbeitsverweigerung erfolgen Kürzungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Bayern als Vorreiter in der Migrationspolitik: Remigration ist nur mit der AfD umsetzbar

Die AfD ist die einzige Fraktion im Bayerischen Landtag, die sich konsequent und umfassend für Remigration einsetzt. Damit gibt sie dem Willen der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung eine politische Stimme. Unsere Forderungen:

- Die Anschaffung eigener bayerischer Abschiebeflugzeuge. (Zwei Flugzeuge kosten ca. 200 Millionen Euro.)
- Zukünftig sollen Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen auch von privaten Unternehmen durchgeführt werden können.
- Der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur soll effizientere Abschiebungen ermöglichen und zugleich staatliche Stellen entlasten.
- Eine Abschaffung der Bezahlkarte und die konsequente Umstellung von Geldleistungen auf Sachleistungen für Asylbewerber nach dem Grundsatz „Bett, Brot, Seife“.
- Die Residenzpflicht für Asylbewerber muss wieder konsequent umgesetzt werden – ein Verstoß dagegen muss zu Konsequenzen führen. Kombiniert mit einer abendlichen Ausgangssperre führt dies zu einer Steigerung der öffentlichen Sicherheit.
- Deutliche Verschärfung des Aufenthaltsrechts.

**Asyl-, Fahndungs- und Abschiebe-
gruppe (AFA) der Bayerischen Polizei**

Lippenbekenntnisse reichen nicht: Abschiebungen müssen ein zentraler Faktor in der Sicherheitspolitik des Freistaates sein. Zügisiges Abschieben führt zu weniger illegalen Grenzübertritten.

Zum 31. Juli 2025 lebten in Bayern ca. 24.700 vollziehbar ausreisepflichtige Personen. Durch die dringend benötigte Anerkennung von weiteren sicheren Herkunftsstaaten vervielfacht sich diese Zahl. Die derzeitige Durchsetzung der Ausreisepflicht ist unzureichend, da das Untertauchen zahlreicher Personen, fehlende Koordination der Behörden und begrenzte Ressourcen Abschiebungen stark behindern.

Eine spezialisierte AFA-Einheit würde:

- gezielte Fahndung und Ermittlung bündeln,
- Abschiebungen professionell und rechtssicher organisieren,
- die Bayerische Polizei von Routineaufgaben entlasten und
- die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats stärken.

Ähnlich wie das ICE (United States Immigration and Customs Enforcement) in den USA könnte die AFA durch fokussierte Arbeit die Abschiebequote deutlich erhöhen, den Missbrauch des Asylsystems eindämmen und die öffentliche Sicherheit sowie die Akzeptanz des Asylrechts langfristig sichern.

Eine spezialisierte Einheit hätte das Attentat am 22. Januar 2025 in Aschaffenburg verhindern können.

Polizei der Zukunft

Unsere Polizei muss mit den modernsten Einsatzmitteln ausgestattet werden, um der Kriminalität des 21. Jahrhunderts immer auf Augenhöhe begegnen zu können. Dazu gehört auch der Schutz vor Messerangriffen.

- Bayern muss seinen Polizisten eine Ausstattung mit Messerschutzschals und/oder Uniformen mit schnittsicheren Elementen zur Verfügung stellen.
- Jede Polizeistation ist mit einer eigenen und modernen Drohneneinheit, welche 24/7 einsatzbereit ist, auszustatten. Diese Drohneneinheiten müssen auch möglichst flächendeckend zur Abwehr von Drohnenangriffen ausgerüstet werden.
- Elektroschocker (Taser) sollen für den Einsatz im Streifendienst generell verfügbar sein.
- Die Bayerische Polizei muss in Pressemitteilungen in Zukunft automatisch alle Staatsbürgerschaften nennen.
- Zusätzlich soll künftig der Migrationshintergrund von mutmaßlichen Straftätern erfasst und in Pressemitteilungen ebenfalls genannt werden.

Linken Terror endlich in die Schranken weisen!

Linksextremismus war bis vor kurzem nur eine Randnotiz der bayerischen Innenpolitik. Aufgrund des Mordes an dem konservativen Publizisten Charlie Kirk in den Vereinigten Staaten ist er inzwischen weltweit ein Hauptthema. Bayern muss hier nachziehen. Gegen Antifa-Terrororganisationen, wie z.B. die Hammer-

bande, die viele Kontakte nach Bayern, zu Förderern in der lokalen Antifa-Szene und möglicherweise auch in der Politik haben, wird bisher unzureichend vorgegangen. Unsere Forderungen:

- Landesweites Verbot der „Antifa“ und ähnlicher extremistischer Organisationen.
- Untersuchungsausschuss zum Thema „Hammerbande in Bayern – eine linke Szene im Terror“.
- Systematischer Schutz der Infrastruktur vor linkem Terror (vgl. die Vulkangruppe in Berlin) und anderen Angriffen.
- Keine Staatsgelder mehr für linksextreme Initiativen und Projekte wie das „Bellevue di Monaco“ in München.

Justizwillkür beenden – Bürgerrechte und Demokratie sichern

Die angedrohte Hausdurchsuchung bei dem Publizisten und Medienwissenschaftler Norbert Bolz im Jahr 2025, ausgelöst durch einen satirischen Beitrag auf X, ist kein Einzelfall. Zahlreiche ähnliche Verfahren, die politisch motiviert erscheinen und mit (tatsächlichen oder vermeintlichen) Beleidigungen oder Memes in sozialen Medien begründet werden, führen zu unverhältnismäßigen Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden. Folgendes ist daher notwendig:

- Die Abschaffung der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften: Kein anderes europäisches Land verfügt über eine politisch derart abhängige Justiz.
- Stärkere Trennung von Staatsanwaltschaften und Gerichten.

Bayern muss ein effektiver, schlanker und dynamischer Staat werden

In Bayern arbeiten rund 792.000 Menschen im öffentlichen Dienst. Wir fordern einen schlanken, effizienten und handlungsfähigen Staat. Wir sprechen uns für eine gute personelle und leistungsgerechte Ausstattung des öffentlichen Dienstes aus, kritisieren jedoch den zunehmenden Bürokratieaufbau und die stetige Ausweitung staatlicher Aufgaben durch Gesetze und Verordnungen. Unsere Forderungen:

- Aufbau eines effektiven, schlanken, dynamischen und durchsetzungsfähigen Staates.
- Deutlicher Abbau von Bürokratie sowie von übermäßigen Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften.
- Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben.

- Verhinderung einer weiteren Aufblähung staatlicher Strukturen.

- Vermeidung beruflicher Überforderung der Mitarbeiter durch immer neue Zusatzaufgaben.

AK 3: Bund/Europa AK-Leiter: Rene Dierkes

Vorbemerkung

Ein zentrales Thema auf der Ebene der Europäischen Union wird in den nächsten Monaten der Mehrjährige Finanzrahmen der EU für die Jahre 2028 bis 2034 (MFR 2028+) sein. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass insbesondere EU-Kommission und Rat bestrebt sind, über den Haushalt ihren Einfluss gegenüber den Mitglied-

staaten und Regionen noch weiter auszu-dehnen. Dies ist auch in Bayern nicht unbemerkt geblieben und trifft sogar bei den Kartellparteien auf Bedenken, die sich zuletzt in einer Beschlussempfehlung (Drs. 19/8281) niedergeschlagen haben. Die AfD-Fraktion konnte sich hier zumindest enthalten, weil die Empfehlung einige richtige Ansätze aufweist, aber noch zu halbherzig ausfällt.

Da die Bundesebene vor allem über die Fachressorts adressiert wird, konzentrieren wir uns auf die EU-Ebene und schlagen folgende fünf Rahmen-Schwerpunkte für parlamentarische Initiativen und unsere Öffentlichkeitsarbeit vor.

1. Souveränität und Subsidiarität der Nationen und Regionen sichern!

Was die EU betrifft, hat sich die AfD als einzige relevante Partei die Aufgabe gestellt, sich gegen deren voranschreitende Zentralisierung, Erweiterung, Vertiefung und „Harmonisierung“ sowie den damit verbundenen Souveränitätsabbau bei den Mitgliedstaaten zu stemmen. In unserem Landtagswahl-Programm für 2023 haben wir explizit „die Rückverlagerung demokratischer Souveränitätsrechte an die Parlamente“ gefordert. Den entgegengesetzten Kurs fährt die EU-Kommission, indem sie im Rahmen der MFR-Planung versucht, das System der Kohäsions- und Regionalförderung in ihrem Sinne zu zentralisieren. Dadurch werden die Bundesländer/Regionen an den Rand gedrängt. „Für eine effektive und bürgernahe Regional- und Strukturpolitik ist eine Beteiligung der Bundesländer jedoch unverzichtbar“, hält auch die Beschlussempfehlung des Bayerischen Landtags zum MFR 2028+ fest.

Nach erheblichen Protesten hat Ursula von der Leyen im November Konzessionen gemacht und will den Regionalverwaltungen nun doch wieder mehr Mitbestimmungsrechte zugestehen. Noch sind die Ankündigungen aber recht vage gehalten. Die Profilierungschance der AfD besteht darin, sich als konsequenteste Verfechterin der Subsidiarität zu präsentieren und stets daran zu erinnern, dass das Haushaltsrecht das vornehmste Recht eines demokratisch gewählten Parlaments ist und deshalb nicht an die Exekutive oder gar an supranationale, nicht demokratisch legitimierte Stellen abgetreten werden darf.

2. EU-Budget an Sparsamkeit und Transparenz ausrichten!

Die EU-Kommission will den Haushaltsumfang für den siebenjährigen Zeitraum von 2028 bis 2034 auf rund zwei Billionen Euro aufblähen. Im Zeitraum von 2021 bis 2027 lag er bei 1,2 Billionen Euro; das wäre also eine Steigerung um zwei Drittel. Selbst wenn man noch so viele aktuelle „Herausforderungen“ bemüht, ist dies in Zeiten hemmungsloser Schulden-Exzesse auf Kosten künftiger Generationen niemandem vermittelbar. Vor allem, wenn man sich vor Augen führt, wofür große Teile dieses Geldes ausgegeben werden sollen. Da zugleich geplant ist, die Fonds für Kohäsion, Soziales, Fischerei und ländliche Entwicklung zu einem großen, gemeinsamen Topf zusammenzulegen, gehen Transparenz und Planungssicherheit verloren. Konkret besteht die Gefahr, dass Mittel von Regierungen oder der Kommission je nach „aktuellem Bedarf“ zwischen den einzelnen Sektoren verschoben werden, um so jeweils die dringendsten Löcher zu stopfen. Die AfD muss in diesem Kontext für äußerste

Sparsamkeit sowie eine saubere, klare und nachvollziehbare Haushaltsführung eintreten.

Mittelfristiges Ziel muss es sein, der EU die Agrarpolitik vollständig zu entziehen, sie in die Obhut der Nationalstaaten zu verlagern und in Deutschland den Bundesländern zu übertragen.

Ein weiterer Hebel für Initiativen unserer Partei: Mit dem starken Anstieg der Staatsverschuldung Frankreichs ist die Diskussion um „Eurobonds“ – also gemeinsame Staatsanleihen – neu entflammt. Nur nennt sie kaum jemand so. Stattdessen plant die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen, im nächsten MFR zwei neue Töpfe einzurichten – den „Krisenmechanismus“ mit 395 Millionen Euro und „Catalyst“ mit 150 Millionen Euro. Beide sind letztlich nichts anderes als Eurobonds und bedeuten für Deutschland Haftungsrisiken noch nicht absehbaren Ausmaßes. Hier muss die AfD mit aller Kraft dagegenhalten.

3. Klimawahn und grüne „Transformation“ beenden!

Der Klimawahn hat wie ein gefräßiges Virus alle Institutionen und Ebenen der EU befallen; seine Reichweite geht weit über die Repräsentanten der europäischen grünen Parteien hinaus. Der bekannteste begriffliche Ausdruck der von oben herab betriebenen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist der maßgeblich von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) in Gang gesetzte „Green Deal“. Eine zentrale Aufgabe der AfD wird es bleiben, gemeinsam mit europäischen Partnern für einen Stopp und die Rückabwicklung dieser ideologiegetriebenen Politik

zu kämpfen. „Energiewende“, „Wärmewende“ und „Verkehrswende“ müssen aufgehoben werden; die bisherigen Gesetze, Richtlinien und Verordnungen wie Verbrennerverbot, Heizungsgesetze etc. sind umgehend abzuschaffen. Die AfD muss sich gerade auch hinsichtlich der EU-Ebene als Sachwalterin von Freiheit, Technologieoffenheit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit präsentieren. Diese wichtigen Ziele müssen in Einklang mit dem Umweltschutz und mit notwendigen Anpassungen an den Klimawandel gebracht werden. Ebenso starre wie unrealistische Mengenquoten und zeitliche Fristen bezüglich einer angeblichen „Klimaneutralität“ sind dagegen klar abzulehnen.

4. Gemeinsames europäisches Asylsystem zur Festung Europa ausbauen!

Asyl und Migration werden weiterhin die Themen bleiben, bei denen die AfD ein Alleinstellungsmerkmal hat. Auch wenn sich CDU und CSU oft inhaltsgleich äußern, lehrt die Erfahrung, dass es im Wesentlichen bei Ankündigungen bleibt, die nicht umgesetzt werden. In unserem LTW-Programm 2023 wurde die Richtschnur wie folgt formuliert: „Wir unterstützen eine Reform des Asylrechts und der entsprechenden internationalen Verträge, damit deutsche Interessen stärker berücksichtigt werden. Humanitäre Hilfe wollen wir vorwiegend in den Krisenländern oder sicheren Nachbarländern in der Region anbieten, nicht in Deutschland.“ Zumindest in diese Richtung ging die beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), in der sich der Stimmungsumschwung in den meisten EU-Mitgliedstaaten zugunsten eines Stopps der illegalen

Massenmigration widerspiegelt. In einzelnen Staaten wie Ungarn, Dänemark und Schweden ist man bereits jetzt weiter als dieser in die richtige Richtung weisende, aber noch zu zaghafte Konsens. Die AfD sollte sich in Migrations- und Asylfragen konsequent an der Politik dieser Nachbarstaaten ausrichten und deren Erfolge als Maßstab betrachten. Das Ziel einer „Festung Europa“ gegen unerwünschte Einwanderung in die Sozialsysteme und die nationalen Kriminalitätsstatistiken wird von der bayerischen AfD offensiv vertreten. Für erwünschte Einwanderung echter Fachkräfte sollten dagegen Wege offengehalten werden, an deren Anfang IMMER zuerst eine befristete Visavergabe steht.

5. EU-Beitritt der Ukraine jetzt und zukünftig verhindern!

Der Ukraine eine Beitrittsoption in die EU zu gewähren, war ein kapitaler Fehler, der schnellstens korrigiert werden muss. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur dieses riesigen Flächenlandes ist so beschaffen, dass sie die Integrationsmöglichkeiten der EU sprengen würde – insbesondere, wenn man an die Organisation der Landwirtschaft mit großen Staatsunternehmen und Agrarholdings denkt. Laut fundierter Studien der Stiftung Wissenschaft und Politik „krankt die Ukraine an grassierender Korruption und schwacher Rechtsstaatlichkeit“.

Wäre die Ukraine bereits 2023 EU-Mitglied gewesen, hätte sie nach Berechnungen des Centre for European Policy Studies (CEPS) netto 18 bis 19 Milliarden Euro pro Jahr aus dem EU-Haushalt erhalten und wäre damit größter Netto-Empfänger. Was dies für den Anstieg der Nettozahlungen Deutschlands bedeuten würde,

ist nicht schwer zu erraten. Selbst wenn es demnächst einen Waffenstillstand oder gar einen Frieden gäbe, würde eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine für alle anderen Staaten ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen, da auch die EU-Verträge militärische Beistandsverpflichtungen kennen. Aus Verantwortung für die eigenen Bürger und den Schutz der EU in ihrer aktuellen Zusammensetzung muss die AfD ein vernehmbares Sprachrohr gegen einen EU-Beitritt der Ukraine sein.

AK 3: Recht AK-Leiter: Rene Dierkes

Syrien 2025: Rückkehrfähigkeit nutzen, Sicherheit gewährleisten, Kommunen entlasten

Resolution der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag: „Syrien 2026: Rückkehrfähigkeit nutzen – Sicherheit stärken – Kommunen schützen“

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag stellt fest, dass sich die sicherheits- und migrationspolitische Ausgangslage seit dem Ende des syrischen Bürgerkriegs grundlegend verändert hat und dass sich daraus für den Freistaat Bayern eindeutige rechtliche und staatspolitische Konsequenzen ergeben. Die Fraktion bekräftigt ihren Anspruch, diese Veränderungen in einer Weise umzusetzen, die den verfassungsrechtlichen Vorgaben, den sicherheitsbehördlichen Erfordernissen und der kommunalen Leistungsfähigkeit gleichermaßen Rechnung trägt.

Die Fraktion beschließt daher folgende staatspolitische Linie:

1. Rückkehrfähigkeit Syriens anerken-

nen und rechtlichen Normalvollzug herstellen

Der Freistaat Bayern wirkt darauf hin, dass Schutzstatus syrischer Staatsangehöriger allein dann fortbestehen, wenn weiterhin tatsächliche Schutzgründe nach Maßgabe des geltenden Asyl- und Aufenthaltsrechts vorliegen. Der Wegfall der früheren flächendeckenden Gefährdungslage verpflichtet zu einer umfassenden Neubewertung und – wo rechtlich geboten – zum Widerruf bestehender Schutzstatus. Rückkehr wird damit wieder zur normativen Regel, nicht zur Ausnahme.

2. Strukturierten Rückkehrrahmen etablieren

Bayern fordert den Bund auf, Widerrufs- und Rückkehrverfahren vollständig und ohne Verzögerung umzusetzen, und richtet seine eigenen Verwaltungsabläufe so aus, dass Rückkehrprozesse rechtssicher vorbereitet und durchgeführt werden können. Familiennachzug, Aufenthaltsverfestigungen und Einbürgerungen dürfen nicht auf Grundlage fortgeführter, aber rechtlich nicht mehr tragfähiger Schutzstatus erfolgen.

3. Sicherheitsarchitektur des Freistaates stärken

Die AfD-Fraktion unterstützt die Einrichtung einer bayerischen Zentralstelle zur Auswertung ausländischen Terrorismus-Beweismaterials sowie die Etablierung eines verbindlichen Sicherheitsprüfverfahrens für Rückkehrer aus jihadistischen Konfliktgebieten. Minderjährige Kinder aus Lagern des früheren IS-Gebiets bedürfen eines gesonderten Monitoring- und Schutzkonzepts, das sowohl

die Sicherheit des Staates als auch das Kindeswohl gewährleistet.

4. Kommunale Belastungsfähigkeit schützen und Überforderung verhindern

Der Freistaat wird aufgefordert, rechtlich verbindliche Belastungsgrenzen für die kommunale Asylunterbringung festzulegen und das verfassungsrechtliche Konnexitätsprinzip konsequent anzuwenden.

Es muss gelten: Wer staatliche Aufgaben anordnet, trägt auch die vollen finanziellen Folgen. Die bisherige Praxis, wonach trotz Erstattungsmechanismen erhebliche Teile der Unterbringungs- und Folgekosten bei den Kommunen verbleiben, ist rechtsstaatlich nicht haltbar. Unzureichende Pauschalen, Vorleistungspflichten und inflationsbedingte Entwertung von Erstattungen führen zu einer strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Ebene und verletzen die kommunale Selbstverwaltungsgarantie.

6. Bayern als ordnungspolitisches Modell im föderalen Verbund positionieren

Der Freistaat nutzt seine verfassungsrechtlichen Kompetenzen, um ein kohärentes, rechtsstaatliches und sicherheitsorientiertes Modell für den Umgang mit der neuen Lage in Syrien zu entwickeln. Dieses Modell definiert die bayerische Linie gegenüber dem Bund, der EU und den kommunalen Ebenen. Bayern übernimmt damit eine gestaltende Rolle im föderalen Gefüge und setzt einen Maßstab für eine verfassungskonforme Migrations- und Sicherheitspolitik.

Mit dieser Resolution verpflichtet sich die AfD-Fraktion, die beschriebenen

Maßnahmen politisch und parlamentarisch voranzutreiben und die staatlichen Institutionen des Freistaats in die Lage zu versetzen, ihren gesetzlichen Auftrag vollständig zu erfüllen. Bayern soll zu einem Land werden, das Migration, Sicherheit und kommunale Stabilität nicht gegeneinander ausspielt, sondern in einem rechtsstaatlich konsistenten Ordnungsrahmen zusammenführt.

Risiken, insbesondere im Umgang mit Rückkehrern aus jihadistischen Gebieten sowie im Bereich der Auswertung ausländischer Beweismittel, sind nur durch spezialisierte Strukturen beherrschbar. Die bayerischen Kommunen sind strukturell überlastet; ihre Leistungsgrenzen sind ein verfassungsrechtlich relevanter Faktor und müssen als solcher berücksichtigt werden. Das Gesamtkonzept verbindet daher migrationsrechtliche Klarheit, sicherheitsrechtliche Vorsorge und kommunale Stabilität.

AK 4: Wirtschaft, Energie & Digitales

AK-Leiter: Oskar Lipp

Bayerns traditionelle Handwerks- und Industrieprodukte besser schützen

Bayern verfügt über viele traditionelle handwerkliche und industrielle Erzeugnisse mit weltweit gutem Ruf, etwa die Oberammergauer Holzschnitzereien, Zwiefalter Keramik, Miesbacher Trachten oder Nürnberger Spielwaren. Seit Januar 2025 gibt es dafür auf EU-Ebene erstmals einen Schutz, ähnlich dem für regionale Lebensmittel. In Bayern fehlt jedoch eine Anlaufstelle, sodass kleine und mittlere Unternehmen die komplexen Verfahren kaum nutzen können.

Die AfD fordert deshalb die Staatsregierung auf, bürokratische Hürden abzubauen und die Kammern sowie die Verbände so zu unterstützen, dass diese gezielte Akkreditierungshilfen bereitstellen und eine Dachmarke „Bayerische Meisterstücke“ einführen, damit KMU ihre traditionellen Produkte leichter schützen, bekannter machen und wirtschaftlich nutzen können.

Bayern muss alle unnützen Klima-Initiativen aufkündigen

Am 20. Januar 2026 traten die USA unter Präsident Trump zum zweiten Mal aus dem Pariser Klimaabkommen und zugleich aus 66 weiteren Abkommen und internationalen Organisationen wie dem Weltklimarat (IPCC) und der UN-Klimarahmenkonvention aus, die überflüssig, schlecht geführt und verschwenderisch sind. Auch große amerikanische Fonds und Banken wie Goldman Sachs, Citigroup sowie die Bank of America haben sich aus zahlreichen Klimainitiativen zurückgezogen, und der weltgrößte Versicherer Munich Re aus Bayern ist aus vier internationalen Klimabündnissen ausgestiegen – ein Schritt, den wir ausdrücklich begrüßen.

Die Bayerische Staatsregierung vergeudet hingegen Jahr für Jahr Millionen Euro an Steuergeldern für unnötige Klima-Bündnisse und „freiwillige“ Klimaschutzprogramme wie z.B. die Bayerische Klima-Allianz, den Umwelt- und Klimapakt Bayern, die Under2 Coalition oder die Climate Group. Dies liefert keine messbaren Ergebnisse, verschlechtert aber die Lebens- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Bürger und Unternehmen. Die AfD fordert daher, alle Beteiligungen an diesen Klima-Initiativen umgehend auflösen bzw. aufzukündigen, das Bayerische Klima-

schutzgesetz abzuschaffen und sämtliche Zahlungen für Klimaschutzmaßnahmen und die Umsetzung der Energiewende einzustellen; die so eingesparten rund 862 Millionen Euro pro Jahr sollen stattdessen den Bürgern und Unternehmen in Bayern über Steuersenkungen zurückgegeben werden.

Gasversorgung sichern – Bayern folgt dem Vorbild Otto Schedls

Die Gasspeicher in Bayern sind auf einem historischen Tiefstand: Am 10. Januar 2025 waren sie nur zu 29 Prozent gefüllt – der niedrigste Stand seit Beginn der Messungen! Besonders kritisch sind die strategischen Speicher Breitbrunn und Wolfersberg, die bis 2027 stillgelegt werden sollen, weil sie für die Betreiber wirtschaftlich nicht rentabel sind. Diese Entwicklung ist die Folge der energiepolitischen Fehlentscheidungen der Regierenden: Die CO²-Bepreisung, die grüne Wärmewende und die Russland-Sanktionen haben die Speicher leer werden und die Gaspreise massiv steigen lassen. Seit 2019 haben sich die Gaspreise für Industrie und Haushalte mehr als verdoppelt, was zu Deindustrialisierung und Energiearmut bei bayerischen Familien führt.

Die AfD fordert daher konkrete Maßnahmen: Biogasanlagen sollen künftig völlig flexibel alle Arten von Brennstoffen beliebig nutzen dürfen. So können die Anlagen schnell, effizient und wirtschaftlich auf Engpässe reagieren. Wir fordern eine bayerische Biomethan-Strategie, welche langfristig darauf abzielt, bestehende Anlagen zu erhalten und die bayernweite Einspeisung von Biomethan ins Erdgasnetz sicherzustellen. Die bestehende bayerische Erdgasinfrastruktur ist zu erhalten und weiter auszubauen. Die

Speicher Breitbrunn und Wolfersberg, die derzeit von der Uniper SE betrieben werden, einem Unternehmen im Bundes Eigentum, sollen an Bayern übertragen werden. Dadurch kann der Freistaat selbst die Füllung, den Betrieb und die strategische Einsatzbereitschaft dieser zentralen Energieinfrastruktur sichern. Außerdem soll Ministerpräsident Söder dem Vorbild Otto Schedls folgen – des konservativen CSU-Wirtschafts- und Energieministers der 1960er-Jahre, der als Pionier der berühmten Röhren-Gas-Verträge direkt mit der Sowjetunion verhandelte und damit den grundlegenden Übergang Bayerns vom Agrar- zum Industrieland ermöglichte. Nach seinem Vorbild soll Söder sich sowohl auf Bundes- und EU-Ebene für die Aufhebung der für Bayern wirtschaftsschädlichen Russland-Sanktionen einsetzen als auch direkte Gespräche mit Moskau führen, um die langfristige Versorgung Bayerns mit preiswertem Erdgas sicherzustellen.

„Afuera“ und Kettensäge für Bayern: Drei Staatsministerien abschaffen!

Die Bayerische Staatsregierung bläht den Beamtenapparat immer weiter auf: Zwischen 2013 und 2023 stieg die Zahl der Staatsbediensteten im Kernhaushalt von 174.000 auf 222.000 – ein Plus von 48.000 Stellen oder 27 Prozent –, obwohl Ministerpräsident Söder eigentlich Stellen abbauen wollte. Statt die Verwaltung zu verschlanken, sollen nach dem Haushaltsplan 2026/2027 sogar rund 2.700 neue Stellen geschaffen werden – ein klares Zeichen für eine ineffiziente Staatsführung.

Die AfD fordert stattdessen eine Rückkehr zum schlanken Ordnungsstaat nach dem Vorbild der radikalen Reformen Argenti-

niens: Das Staatsministerium für Digitales soll abgeschafft und in die Staatskanzlei integriert werden. Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst ist ebenfalls aufzulösen, wobei Wissenschaft ins Wirtschaftsministerium und Kunst ins Staatsministerium für Unterricht und Kultus übergeht. Auch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz soll wegfallen, und seine Aufgaben sind dem Wirtschafts- bzw. dem Landwirtschaftsministerium zu übertragen. Zudem sollen alle Staatsbeauftragten, der Normenkontrollrat, die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK), alle bayerischen Energieagenturen sowie über 2.500 staatliche Berater für Energiewende, Asyl und Klimaschutz ersatzlos gestrichen werden. Ziel ist eine 25-prozentige Reduzierung der Staatsverwaltung, wodurch umgehend 20 Millionen Euro pro Jahr und langfristig über 100 Millionen Euro jährlich eingespart und über Steuersenkungen direkt den Bürgern und Unternehmen zurückgegeben werden können.

Wärmeversorgung: Versorgungssicherheit statt Klima-Planwirtschaft

Wärmeplanung und Zwangs-Dekarbonisierung der Wärmenetze führen zu massiven Zusatzbelastungen für den Freistaat sowie seine Bürger und Gewerbe. Die geplante „klimaneutrale“ Umrüstung ist technisch und wirtschaftlich oft gar nicht umsetzbar und birgt Risiken für die Versorgungssicherheit – insbesondere in der Fläche. Unsere Forderungen:

- Stopp der verpflichtenden Wärmeplanung und aller gesetzlichen Vorgaben zur Dekarbonisierung der Wärmenetze. (Überlagerung mit AK Wirtschaft)
- Technologieoffenheit wahren: Bayern

soll pragmatische und wirtschaftliche Wärmeversorgung nach Bedarf sicherstellen.

- Keine zusätzlichen Belastungen und Eingriffe durch übergeordnete Behörden.

AK 5: Landwirtschaft AK-Leiter: Ralf Stadler

Landwirtschaft in Bayern – Für eine starke, unabhängige und bodenständige Bauernschaft

Die AfD-Fraktion steht für eine bauernfreundliche, nationale und regionale Landwirtschaftspolitik, die die Interessen der bayerischen Familienbetriebe schützt, bürokratische Belastungen abbaut und die Unabhängigkeit von EU-Vorgaben sichert. Die aktuelle Politik der CSU-geführten Staatsregierung sowie der Bundesregierung und die Agrar- und Umweltpolitik der EU bedrohen die Existenz unserer Bauern durch übermäßige Regulierungen und grüne Ideologie. Stattdessen fordern wir einen bayerischen Weg: Stärkung der heimischen Produktion, Schutz vor Billigimporten und Priorisierung von Tradition, Tierwohl und Nachhaltigkeit ohne ideologische Zwänge.

Bayern ist ein Land der Bauern und der ländlichen Traditionen. Mit einer Bruttowertschöpfung von rund 5,4 Milliarden Euro in der Land- und Forstwirtschaft (hinzu kommen 179 Milliarden Euro inklusive vor- und nachgelagerter Bereiche) ist die Branche die zweitstärkste Wirtschaftssäule des Freistaats. Doch die bayerische Landwirtschaft steht unter enormem Druck: EU-weite Regulierungen wie der Green Deal, steigende Energiekosten durch die Energiewende, Billigimporte aus dem Ausland und bürokratische

Hürden (z.B. aus dem GAP-Reformprozess ab 2028) treiben viele Betriebe in den Ruin. Die AfD-Fraktion fordert eine radikale Wende hin zu einer souveränen, bauernfreundlichen Politik. Es muss auch hinterfragt werden, welche deutsche Parteien hinter den oft nachteiligen Entscheidungen der EU-Kommission bzw. des EU-Parlaments stehen.

1. Abbau von Bürokratie und EU-Abhängigkeit

- Sofortiger Ausstieg aus kontraproduktiven EU-Regulierungen wie dem Green Deal: Stattdessen mehr Souveränität durch nationale Förderprogramme, die bayerische Bedürfnisse berücksichtigen (wie z.B. Direktzahlungen für Bergbauern, KULAP).
- Reduzierung administrativer Belastungen: Weniger Berichtspflichten, wirtschaftlich vertretbare Genehmigungsverfahren für Ställe und Maschinen.

2. Schutz der heimischen Produktion und Ernährungssouveränität

- Stärkung regionaler Märkte und „Bayern first“-Politik für öffentliche Kantinen.

Die heimische Landwirtschaft soll mit einer Wettbewerbs-Schutzklausel vor billigen Importen aus Drittländern mit niedrigeren Standards (z.B. aus China oder Südamerika) geschützt werden.

- Nein zum EU-Mercosur-Abkommen in der bisherigen Fassung!

Der Import von günstigeren Lebensmitteln aus Drittländern ist zugunsten einer Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten einzuschränken. Insbesondere

muss die Verwendung EU-weit verbotener Spritzmittel wie Atrazin etc. ausgeschlossen werden.

Der Selbstversorgungsgrad muss im Sinne der nationalen Ernährungssicherheit angesichts globaler Krisen erhöht werden.

3. Regionalisierung und Direktvermarktung

Wir stehen für regionale Lebensmittelherzeugung und Direktvermarktung durch bäuerliche Betriebe. Die Lebensmittelversorgung muss auch unter erschwerten Bedingungen aufrechterhalten werden. Regionale Erzeugungs- und Vermarktungsstrukturen dürfen nicht durch hinderliche Vorschriften weiter blockiert werden. Wir fordern auch in diesem Bereich eine Rückführung der Gesetzgebungskompetenzen von der EU auf die nationalstaatliche Ebene. Wir unterstützen die Betreiber von Hofläden, die regionale Produkte vermarkten und damit für eine Nahversorgung im ländlichen Raum sorgen.

4. Abschaffung des EU-Lieferkettengesetzes

Das Lieferkettengesetz bewirkt mit den auferlegten Dokumentationspflichten zusätzliche Kosten. Diese sind nicht mehr mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand zu bewältigen. Hier braucht es umfangreiche Entbürokratisierungsmaßnahmen anstatt weiterer Gängelungen durch politische Willkür.

5. Pflanzenbau nicht planwirtschaftlich einschränken

Beim Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln sind die Landwirte

zunehmend mit quantitativen Reduktionszielen konfrontiert. Landwirte sind gut ausgebildete Fachkräfte. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln richtet sich im Allgemeinen nach der guten fachlichen Praxis, wonach Böden geschont und Schädlinge nur so weit wie notwendig bekämpft werden. Hier braucht es keine weitere Regulierung durch EU-Bürokraten, die so ihre Daseinsberechtigung sichern. Die Entwicklung von neuem Saatgut, z.B. für trockenheitsresistente Pflanzen, ist insbesondere in der Forschung stärker als bislang voranzutreiben.

6. EU-Abhängigkeit vermindern, Agrarpolitik renationalisieren

Die Förderung der Landwirtschaft soll zukünftig zielgerichtet auf nationaler Ebene erfolgen.

Ein Großteil der deutschen EU-Beiträge verpufft in der EU-Verwaltung und kommt anderen Staaten zugute. Landwirte anderer Länder sollten nicht mit deutschem Steuergeld subventioniert werden.

Ausgleichszahlungen für unsere Landwirtschaft müssen vorerst bestehen bleiben, da in einem freien globalen Wettbewerb sowohl unser Bauernstand als auch seine Produkte untergehen würden. Der Umweg der Finanzierung über die EU ist aber ineffizient, teuer und widerspricht dem Grundsatz der Subsidiarität. Wir fordern einen Rückbau der EU-Zuständigkeiten auf den Status vor den Maastricht-Verträgen.

7. Bauernland gehört nicht in Investorenhand!

Landwirtschaftliche Flächen dürfen nicht weiter zu Spekulationsobjekten verkommen. Unsere heimische Land-

wirtschaft gilt es vor den Machenschaften agrarindustrieller Großbetriebe und der zunehmenden illegitimen Aneignung von Landflächen z.B. durch Sharedeals (bei denen der Käufer nicht die Immobilie direkt erwirbt, sondern Anteile an einem Unternehmen, das Immobilien hält) zu schützen. Das Grundstücksverkehrsgesetz muss deshalb weiterentwickelt werden. Auch die Möglichkeiten des Landpachtverkehrsgesetzes sind zu verwirklichen. Wir setzen uns für den Erhalt einer vielfältigen Agrarstruktur ein, in der insbesondere bäuerliche Betriebe ihren Platz haben.

Bei der Durchführung von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen spricht sich die AfD gegen unterbewertete Bodenpreise auf Ackerlandniveau aus. Enteignungen von Grundstücken sind auf ein Minimum zu begrenzen und nur in Ausnahmefällen zuzulassen (siehe SEM in München-Nord).

8. Exzessive Förderung von erneuerbaren Energien einschränken – Ausbau der Windenergie auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen stoppen

Der politisch-ideologisch forcierte und staatlich subventionierte Ausbau regenerativer Energien ist nicht nur ein ökonomisches Desaster, sondern belastet auch unsere Heimat und unsere Natur. Dadurch wird das Wohlbefinden der Bürger stark beeinträchtigt. Hierzu gehören auch die Auswirkungen von Mikroplastik auf landwirtschaftlichen Böden infolge der Erosion von Windrädern. Den weiteren Ausbau der Windenergie auf landwirtschaftlichen Flächen in Bayern lehnen wir ab. Er bringt mehr Schaden als Nutzen. Bestandsanlagen sollen allerdings noch weiterbetrieben werden dürfen. Die Vergütung soll nach eingespeister Leis-

tung erfolgen, nicht nach produzierter Leistung. Die EU-Entwaldungs-Verordnung lehnen wir ab, u.a. auch deshalb, weil sich Stromerzeugung nicht auf der Produktliste findet.

9. Kein weiterer Zubau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf Ackerland

Den Neubau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen lehnen wir aufgrund des hohen Flächenverbrauchs sowie der negativen Auswirkungen auf den Tourismus ab. Zudem fördern diese Anlagen die Flächenversiegelung, entwerten landwirtschaftliche Produktionsflächen und führen zu einer Erwärmung des Mikroklimas. Darüber hinaus sind die schädlichen Wirkungen auf Insektenbestände sowie die Umwelt insgesamt bislang wenig erforscht und damit in ihren Folgen schwer abschätzbar.

Es besteht aber die Gefahr, dass nach Beendigung des Photovoltaik-Betriebs eine landwirtschaftliche Nutzung solcher Flächen aus naturschutzrechtlichen Gründen unmöglich ist. Sie würden dann für die Erzeugung landwirtschaftlicher Güter nicht mehr zur Verfügung stehen und ersatzlos wegfallen!

10. Schutz der Weide- und Almwirtschaft vor dem Wolf

Die starke Vermehrung der Wolfspopulation zeigt nun ihre gravierenden Schattenseiten. Wo der Wolf zum Problem wird, muss er bejagt werden können. Das bisherige Wolfsmanagement hat keinerlei Wirkung gehabt, sondern nur hohe Kosten verursacht.

11. Wirtschaftliche Stärkung und Nachwuchssicherung

Ausbildungsoffensive: Mehr Azubis durch Stipendien und Werbekampagnen! Deutsche Arbeitskräfte sind gegenüber Saisonkräften aus dem Ausland zu bevorzugen.

Die Agrardieselmrückerstattung ist dauerhaft festzuschreiben, und günstigere Strompreise sind analog zum Industriestrom für die Landwirte anzustreben.

12. „Fleisch ist ein Stück Lebenskraft“: Nutztierhaltung in Bayern stärken

Die AfD ist für die Förderung tiergerechter Haltung in kleinbäuerlichen Betrieben – aber ohne Zwang zur Umstellung auf Bio-Produkte. Wir lehnen Massentierhaltung ab, stehen zur kleinbäuerlichen Landwirtschaft und fordern Anreize für regionale und hofnahe Schlachtung.

Wir fordern den Erhalt regionaler Schlachthöfe, um lange Transportwege zu vermeiden. (Das jüngste Beispiel ist die Schließung des Schlachthofes Landshut.)

Wir erwarten mehr Unterstützung der Schweinehaltung in Bayern und fordern eine Kampagne gegen die Diskriminierung von Schweinefleisch.

13. Auswirkungen von Beschränkungen auf die langfristige Flächenbewirtschaftung in Bayern und Evaluation der Düngeverordnung

Es ist notwendig, die Belastungen der bayerischen Landwirtschaft durch die Düngeverordnung und die mit dieser einhergehenden Ausweisung von „roten“ und „gelben“ Gebieten festzustellen. Dabei muss zweierlei erfolgen:

1. Wir fordern eine drastische Reform

der Ausweisung roter und gelber Gebiete sowie

2. die Neuüberprüfung des Verursacherprinzips im Hinblick auf die tatsächlichen Einträge der Landwirtschaft. (Überlagerung mit AK Umwelt)

AK 6: Gesundheit & Soziales **AK-Leiter: Roland Magerl**

Gesundheitspolitische Positionen

Die Gesundheitspolitik in Bayern muss sich an den Bedürfnissen der Bürger orientieren. Das bedeutet: wohnortnahe Versorgung, kurze Wege, bezahlbare Leistungen und eine Stärkung der Eigenverantwortung.

Krankenhäuser:

Die wohnortnahe stationäre Versorgung ist ein Grundpfeiler der Daseinsvorsorge. Wir fordern:

- Ein Sofortprogramm zum Erhalt und Ausbau der wohnortnahen stationären Versorgung.
- Kleine und mittlere Krankenhäuser sollen bei Investitionen und Fachkräftegewinnung bevorzugt werden.
- Die Schließung oder Umwandlung kommunaler Krankenhäuser ist zu verhindern.
- Versorgungslücken, lange Anfahrtswege und eine Überlastung städtischer Großkliniken sind zu vermeiden.

Ärzteversorgung im ländlichen Raum:

Die hausärztliche Versorgung ist beson-

ders im ländlichen Raum gefährdet. Ihre Sicherstellung beinhaltet:

- Anreize für junge Ärzte zur Niederlassung in ländlichen Regionen zu schaffen.
- Den Abbau bürokratischer Hürden für Praxisgründungen.
- Kommunen und Landkreise bei Bedarf den Sicherstellungsauftrag übernehmen zu lassen.

- Die Förderung von Ärztehäusern und Infrastrukturprojekten.

Pflege:

Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Familien nicht überlasten darf. Wir fordern:

- Eine zukunftssichere Kranken- und Pflegeversicherung.
- Die Stärkung der häuslichen Pflege und der stationären Versorgung.
- Die Entlastung von Familien und pflegenden Angehörigen.

Arzneimittelversorgung:

Lieferengpässe gefährden die Versorgungssicherheit. Daher verlangen wir:

- Die Rückholung der Medikamentenproduktion nach Europa.
- Die Sicherstellung von Lieferketten und Produktionsstandorten.

Prävention und Therapiefreiheit:

- Gesundheitspolitik muss Eigenverant-

wortung und Wahlfreiheit fördern. Natürliche Prävention ist zu unterstützen.

- Therapiefreiheit für Patienten ist zu gewährleisten.

Digitalisierung:

- Digitale Angebote sollen Versorgung unterstützen, nicht ersetzen.
- Auch die Nutzung von Telemedizin zur Unterstützung der Versorgung ist zu fördern.

Psychiatrische Versorgung:

Psychische Erkrankungen nehmen zu, Wartezeiten sind zu lang. Ein Ausbau der psychiatrischen Angebote ist in allen Regionen Bayerns erforderlich. Unsere Forderungen:

- Die Verkürzung von Wartezeiten durch gezielte Reformen.
- Eine Verbesserung der Behandlung von Depressionen, Schizophrenie und weiteren psychischen Erkrankungen.
- Die Sicherstellung einer schnellen, niederschwellig erreichbaren und qualitativ hochwertigen Betreuung. Jeder Patient soll rechtzeitig die notwendige Hilfe erhalten – unabhängig vom Wohnort.

Hebammenversorgung in Bayern:

Die Geburtshilfe ist vor allem im ländlichen Raum gefährdet.

- In ländlichen Gegenden ist sie daher besonders zu sichern: In vielen Regionen Bayerns, besonders in Oberfranken, Niederbayern und der Oberpfalz, droht eine drastische Ausdünnung der Ange-

bote zur Geburtshilfe. Die AfD setzt sich für den Erhalt kleiner Geburtsstationen und die Förderung von Hebammen im ländlichen Raum ein.

- Wohnortnahe Betreuung: Jede Frau soll auch außerhalb der Ballungsräume wie München oder Nürnberg Zugang zu einer Hebamme haben.

- Faire Vergütung: Gerade in Bayern, wo die Lebenshaltungskosten hoch sind, ist eine kostendeckende Bezahlung notwendig.

Homöopathie in Bayern:

Die AfD steht dafür ein, dass homöopathische Behandlungen weiterhin von den gesetzlichen Krankenkassen erstattet werden. Grundsätzlich muss das Recht der Patienten auf freie Therapiewahl gelten.

- Erhalt der Kostenerstattung durch Krankenkassen. → Homöopathische Behandlungen sollen weiterhin von gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden, da sie offenkundig nur einen geringen Kostenanteil ausmachen und vielen Patienten subjektiv helfen.

- Therapiefreiheit und Patientenautonomie → Bürger sollen selbst entscheiden können, welche Behandlungsmethoden sie nutzen: „Recht auf freie Therapiewahl“!

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag fordert eine patientenorientierte Gesundheitspolitik, die regionale Versorgung stärkt und Bürokratie abbaut. Kleine Krankenhäuser und ländliche Ärzte sollen gezielt gefördert werden, Pflege und Familien entlastet, die Arzneimittelproduktion nach Europa zurückgeholt und Therapie-

freiheit gesichert werden. Psychiatrische Versorgung und Hebammenbetreuung müssen ausgebaut werden, während Digitalisierung unterstützend, nicht ersetzend wirkt. Ziel ist eine bezahlbare, erreichbare und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Bürger Bayerns.

Arbeit und Soziales

1. Familienpolitik

1.1 Familien entlasten – Das Ehegattensplitting zu einer umfassenden Familienförderung umbauen

Die CSU hält (noch) am 1958 eingeführten Ehegattensplitting fest, übersieht jedoch, dass in den 1960er Jahren aus einer Ehe fast automatisch Kinder folgten. Die heutige Lebensrealität hat sich jedoch verändert. In Bayern leben zwar noch über 80 Prozent der Kinder bei verheirateten Eltern, doch die Zahl der Familien ohne Trauschein oder der Alleinerziehenden steigt. Der finanzielle Aspekt ist für viele junge Menschen ein wesentlicher Grund, keine Familie zu gründen. Wenn in etablierten Medien von Kinderarmut die Rede ist, wird dabei häufig übersehen, dass diese in hohem Maße Kinder von Alleinerziehenden betrifft, die aufgrund der Belastungen des Familienalltags oft nicht in Vollzeit arbeiten können und im OECD-Vergleich überproportional hohe Steuern zahlen. Das derzeitige Steuersystem berücksichtigt diese Realität nur unzureichend. Ehegattensplitting, Kinderfreibeträge, Entlastungsbetrag und Kindergeld sind zu komplex und wirken nicht ausreichend. Stattdessen fordert die AfD ein einfacheres Modell, bei dem die Grundfreibeträge aller Haushaltsmitglieder berücksichtigt werden, um Familien spürbar zu entlasten und den verfassungsmä-

Bigen Schutz von Ehe und Familie besser umzusetzen.

- Parteiprogrammatik: Familiensplitting einführen, S. 58.

- Parlamentarische Initiativplanung: Antrag, man solle sich im Bund für ein gerechtes Familiensplitting einsetzen, analog zum Antrag Bund (BT-Drucksache 21/590).

1.2 Direkte bayerische Familiengeldleistungen

Laut aktueller Studien sank die Geburtenrate zuletzt von 2021 bis 2024 von durchschnittlich 1,58 Kindern auf 1,35 Kinder pro Frau, weshalb die Forscher „ein Aufschieben von Geburten“ vermuten. Will man dieses Potenzial nicht verschenken, muss schnellstmöglich politisch gehandelt werden. Ein Anreiz können direkte Geldleistungen für Familien nach Auslaufen des Bundeselterngeldes sein.

- Parteiprogrammatik: Betreuungsgehalt bis zum 3. Geburtstag, S. 146.

- Parlamentarische Initiativplanung: Gesetzesentwurf, Landesbetreuungsgehalt; Besonderheit: Landesbetreuungsgehalt können auch Großeltern, die ihre unter drei Jahre alten Enkel betreuen, erhalten (Synergieeffekt: Altersarmut verhindern!).

1.3 Familienfreundliche Kommunen

Vom Freistaat subventionierte kommunale „Klimaschutzmanager“ werden zu „Generationenmanagern“, die Themen wie Familienfreundlichkeit, selbständiges, würdevolles Altern und Jugendarbeit in den Kommunen bearbeiten.

- Parteiprogrammatik: Starke Familien für eine starke Gesellschaft, S. 144.

- Parlamentarische Initiativplanung:

- Antrag Generationenmanager
- Antrag zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern
- Antrag bayernweiter Familienpass (Gutscheine und Angebote für Familien)
- Bsp. Ermäßigungen München:
 - Führungen, Workshops, Sport- und Kreativangebote, die günstiger oder sogar kostenfrei sind
- Zweimal freier Eintritt in ein Hallen- oder Freibad (für einen Erwachsenen und ein Kind bis 14 Jahre)
- Vergünstigungen bei Sportvereinen, Tanz- und Musikschulen, in Theatern und Museen
- Ermäßigungen für Tierparks und für viele andere Freizeitparks
- Vergünstigungen in Geschäften für Kindersachen, im Fahrradgeschäft oder im Biomarkt

1.4 Kindertagesstätten

Kitas in Bayern stehen insbesondere wegen des akuten Fachkräftemangels und stetig steigender Betreuungsbedarfe unter massivem Druck. Zusätzlich erschweren unzureichende Finanzierung, hohe Verwaltungsbelastung und wachsende Anforderungen an Inklusion und Qualität den pädagogischen Alltag.

- Parteiprogrammatik: Krippen und Kitas sind personell ausreichend und qualifiziert zu besetzen, S. 152.

- Parlamentarische Initiativplanung:

- Reform BayKiBiG, Betriebskostenförderung
- Antrag: Besondere Förderung von Wald- und Naturkindergärten in städtischen oder suburbanen Gebieten, wo Naturkontakt begrenzt verfügbar ist
- Stärkung und Förderung von Betriebskindergärten (AK Wirtschaft)

2. Soziales

2.1 Sozialbetrug auf Landesebene entschieden entgegneten

Auf Bundesratsebene wurden bereits Initiativen gestartet, um die Zusammenarbeit mit den Ländern bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität im Bereich des Sozialleistungsbetrugs – insbesondere des schweren Sozialleistungsbetrugs – zu verstärken. Vorgesehen ist dabei auch die Einrichtung einer ressortübergreifenden Arbeitsgemeinschaft des Bundes unter Beteiligung der Länder. Die AfD könnte noch einen Schritt weiter gehen und eine Bayerische Task Force fordern.

- Parteiprogrammatik: S. 24.

- Parlamentarische Initiativplanung:

- Antrag zur Einrichtung einer Bayerischen Task Force, die kontinuierlich gegen Sozialleistungsmissbrauch und Schwarzarbeit vorgeht

2.2 Teilhabe & Barrierefreiheit für

Menschen mit Behinderungen

Die durch die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) forcierte Umstellung von ressourcensparenden Komplexeinrichtungen hin zu vielen kleinen Wohngruppen fördert zwar die individuelle Lebensgestaltung und Selbstbestimmung, bringt aber gleichzeitig erhebliche Herausforderungen bei Personal, Finanzierung, Qualitätssicherung und Versorgungskontinuität mit sich – besonders für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf. Kleine Wohngruppen benötigen mehr Personal pro Person und verstärken den bestehenden Fachkräftemangel; die Spezialversorgung ist unzureichend, und Strukturen müssen mühsam aufgebaut werden, da Freizeit- oder Arbeitsangebote fehlen. Auch Bayern verfolgt eine Konversions- bzw. Dezentralisierungsstrategie und ignoriert die gesellschaftlichen Risiken.

– Parteiprogrammatik: k. A.

– Parlamentarische Initiativplanung:

- Antrag: Komplexeinrichtungen weiterhin erhalten und stärken

- Antrag: Sonderregelung für alte bzw. historische Gebäude, die als stationäre Einrichtungen genutzt werden könnten (ähnlich §6 AVPfleWoqG)

3. Arbeit

Dieser Themenbereich wird von der AfD in Bayern bislang kaum gespielt, da die Kompetenz beim Bundesgesetzgeber liegt. Dennoch initiiert der Freistaat über den Bayerischen Arbeitsmarktfonds eine Vielzahl von Projekten, bei denen der tatsächliche Nutzen geprüft werden

sollte. Als Opposition obliegt der AfD die Verantwortung, die Verwendung dieser Mittel kritisch zu begleiten, weshalb eine umfassende Evaluation sinnvoll erscheint. Ein weiteres Thema könnte möglicherweise das sogenannte „Union Busting“ sein. Der Begriff bezeichnet die systematische Behinderung oder Zerschlagung von Betriebsräten durch Arbeitgeber (21,2 Prozent Behinderung zwischen 2020 und 2022). Dies wird u.a. auch von IG-Metall und DGB betrieben, wenn es um missliebige Kandidaten bspw. von der Gewerkschaft Zentrum geht.

– Parteiprogrammatik: S. 25.

– Parlamentarische Initiativplanung:

- Berichtsantrag, Projekte aus dem Bayerischen Arbeitsmarktfonds und dessen Evaluierung

- Antrag: „Union Busting“ verhindern – Demokratische Grundprinzipien müssen auch bei der Gründung von Betriebsräten gelten!

AK 7: Umwelt & Verbraucherschutz

AK-Leiter: Harald Meußgeier

1. Umwelt

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und die Rechte der Verbraucher in den Mittelpunkt der politischen Arbeit zu stellen, ist für uns von zentraler Bedeutung. Nur durch eine vernünftige und ausgewogene Politik können wir sowohl ökologisches als auch wirtschaftliches Gleichgewicht sicherstellen, das den Bedürfnissen unserer Bürger gerecht wird. Bayern sollte ein deutliches Signal senden, um seine Verantwortung gegenüber Bürgern und Landwirten wahrzunehmen.

men. Einheitliche Standards sind sowohl auf europäischer Ebene als auch bei uns notwendig, um die erkennbaren Defizite anzugehen.

Wir sind uns bewusst, dass keine Form der Energieerzeugung ohne Umweltauswirkungen umzusetzen ist. Deshalb wollen wir spezifische Abwägungen treffen, die sich einerseits an den regionalen Gegebenheiten orientieren und andererseits den wirtschaftlichen Nutzen im Auge behalten. Eine ideologisch motivierte, pauschale und einseitige Bevorzugung erneuerbarer Energien, aus einer temporären gesellschaftlichen Stimmung heraus, lehnen wir entschieden ab.

Windkraft: Bayern schützen, Landschaft bewahren

Die großflächige Ausweisung von Windkraftflächen belastet Bayern: Sie gefährdet attraktive Wohn- und Erholungsräume, verursacht Wertverluste bei Grundstücken, birgt Gesundheitsgefahren und gewährleistet keine grundlastsichere Energieversorgung. Besonders Bayern leidet unter der tieferen Windhöffigkeit im Vergleich zum Norden und riskiert zudem höhere Strompreise durch unterschiedliche Stromzonen. Die Bundesregierung räumt inzwischen selbst ein, dass man Windkraftwerke durch zusätzliche Gaskraftwerke ergänzen müsse – mit negativen Folgen für Energiepreise. Unsere Forderungen lauten daher:

- Abschaffung des „Wind-an-Land-Gesetzes“ auf Bundesebene.
- Keine Einschränkung der Veto- und Mitspracherechte der betroffenen Bürger und Kommunen.

- Sicherstellung einer bezahlbaren, grundlastfähigen Energieversorgung ohne Entwertung ökologisch wertvoller Wald- und Weideflächen.

Bayern von der CO2-Ideologie befreien – Klimaanpassung statt ideologischer Klimagesetze

Die EU sowie Bundes- und Staatsregierung bauen mit dem Klimaschutzgesetz und angegliederten Vorschriften massive Belastungen für Bayern auf, ohne dass für die Bürger ein erkennbarer Nutzen entsteht. Bayern wird durch gesetzlich verordnete Pflichtaufgaben wie Wärmeplanung, Klima-Monitoring und den Aufbau ganzer Strukturen für Klimaschutzprojekte zu teurem Personalaufwuchs gezwungen.

- Wir fordern die sofortige Abschaffung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes sowie aller davon abgeleiteten Richtlinien, Verordnungen, Institutionen und Stellen. (Überlagerung mit AK Wirtschaft)
- Der Freistaat Bayern soll keine weiteren Haushaltsmittel für sogenannte Klimaschutzmanager, Landesagenturen oder Beratungsstellen im Bereich „Klimaschutz“ bereitstellen. (Überlagerung mit AK Wirtschaft)
- Bayern muss vollständig von nicht finanzierbaren und ineffizienten CO2- und Klimaschutzauflagen entlastet werden. (Überlagerung mit AK Wirtschaft)
- Statt klimabedingter Gängelungen fordert die AfD-Fraktion eine sachorientierte Klimaanpassungspolitik. Der Fokus soll auf praktikablen Maßnahmen zum Schutz vor extremen Wetterereignissen (wie Hochwasserschutz, Hitzeschutz etc.) liegen.

- Keine weiteren Flächenstilllegungen oder Bewirtschaftungsrestriktionen ohne Zustimmung.

- Praktikabler, regional angepasster Naturschutz unter Einbeziehung lokaler Land- und Forstwirte.

- Stärkere Gewichtung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Interessen auf Landesebene.

Wasserversorgung zukunftsfähig machen – „Wassermilliarde“ statt neuer Abgaben

Nach Schätzungen des Verbands kommunaler Unternehmen müssen in den kommenden 20 Jahren deutschlandweit rund 800 Milliarden Euro in die Modernisierung der Infrastruktur investiert werden, um die Standards der Wasserversorgung und -entsorgung zu halten. Auch Bayerns Wasser- und Abwassernetze leiden unter einer massiven Unterfinanzierung. Nur um das Investitionsniveau seit 1946 im Jahresdurchschnitt aufrechtzuerhalten, wären bis 2046 rund 12 Milliarden Euro an kommunalen Aufwendungen nötig, wovon 3,25 Milliarden auf den Freistaat entfielen.

- Wir fordern eine Umwidmung von bereits eingeplanten Klimaschutzmitteln hin zu einer sofort einsetzbaren „Wassermilliarde“ für dringend nötige Investitionen in das Wasser- und Abwassernetz, statt einer weiteren finanziellen Belastung der Bürger durch den „Wassercent“.

- Förderung regionaler Wasserversorgungskreisläufe zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und Erhalt der Eigenständigkeit im Bereich der Daseinsvorsorge.

Landwirtschaft und Naturschutz: Praktikable Lösungen für den ländlichen Raum

Die ausufernde Reglementierung in Umwelt- und Naturschutz führt in Bayern zu Frustration, Flächenverlust und wachsenden Nutzungskonflikten. Viele Vorgaben schränken die Handlungsfähigkeit von Landwirten ein, ohne einen nachweisbaren ökologischen Nutzen zu generieren. Daher:

- Keine weiteren Flächenstilllegungen oder Bewirtschaftungsrestriktionen ohne Zustimmung.

- Praktikablen, regional angepassten Naturschutz unter Einbeziehung lokaler Land- und Forstwirte.

- Stärkere Gewichtung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Interessen.

Umwelt und Mobilität

Eine starke Industriepolitik ist notwendig, um die Innovationskraft der heimischen Automobilhersteller und Zulieferer zu erhalten und zu fördern. Eine Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik kann dazu beitragen, ein leistungsfähiges, innovatives und nachhaltiges Mobilitätskonzept zu entwickeln, das die Bedürfnisse sowohl der Wirtschaft als auch der Gesellschaft reflektiert. Vielfalt bei Antrieben, inklusive synthetischer Kraftstoffe und Wasserstoff, unterstützen wir. Einseitige Mobilitätseinschränkungen wie Diesel-Fahrverbote werden abgelehnt.

- Weitere Mobilitätseinschränkungen zulasten der Menschen im ländlichen Raum darf es nicht geben.

- Künftige Mobilitätskonzepte sind technologieoffen zu erstellen.
- Mobilität muss für den Bürger bezahlbar bleiben.

2. Verbraucherschutz

Der Schutz der Verbraucher ist ein wesentliches Anliegen. Wir befürworten verstärkte Produktprüfungen von Lebensmitteln und Konsumgütern insbesondere aus Nicht-EU-Herkunftsländern. Inhaltsstoffe, Herkunft und Beimischungen sind klar zu deklarieren. Zudem unterstützen wir eine stärkere Ressourcenschonung durch Regionalisierung und den Ausbau der Direktvermarktung, um Emissionen durch lange Transportwege zu vermeiden und die heimische Wirtschaft zu fördern.

Eine Rückübertragung der zentralistischen Verbraucherschutzpolitik von der EU auf die nationale Ebene ist unerlässlich, um den hohen deutschen Standards gerecht zu werden und sie zu verteidigen. Durch Stärkung und Erhalt unabhängiger Verbraucherorganisationen wird die Wahlfreiheit der Bürger gefördert, indem sie umfassend und objektiv informiert werden. Wir wenden uns gegen eine Aufweichung dieser Standards durch einseitige Handelsabkommen.

Angesichts der zunehmenden Digitalisierung fordern wir den Ausbau der digitalen Verbraucherrechte. Hierzu zählt der Schutz persönlicher Daten, die Bekämpfung von Online-Betrug und die Sicherstellung fairer Klauseln in Online-Verträgen. Die Aufklärung über digitale Rechte muss ausgeweitet werden, um sicherzustellen, dass Verbraucher sich auch in der digitalen Welt sicher bewegen können.

• Regionalisierung statt Globalisierung muss das Grundprinzip bei Produktentwicklung und Vertrieb sein.

• Internationale Abkommen dürfen nicht zum Schaden heimischer Unternehmen abgeschlossen werden. (Überlagerung mit AK Landwirtschaft)

• Der Bürger soll in seiner Wahlfreiheit und individuellen Entscheidungsfreiheit gestärkt – und nicht staatlich bevormundet – werden.

Ende des EU-Grenzwertwahns

In der EU werden oft ungleichmäßige Standards bei der Bestimmung von Grenzwerten angewandt, was zu inkonsistenten Vergleichen führt. Die variierenden Regelungen zur Luft- und Bodenqualität werden von den Mitgliedsländern unterschiedlich umgesetzt. Es ist nicht akzeptabel, dass Deutschland durch seine spezifischen Messverfahren als Sündenbock und Hauptzahler der EU fungiert, während unsere Nachbarländer teilweise weniger strenge Standards nutzen.

Auf europäischer Ebene zeigt sich, dass Deutschlands Messsysteme wesentlich von denjenigen der Nachbarstaaten abweichen. Das zeigt sich besonders bei NO_x-Werten, die trotz der modernen Fahrzeugflotte in Deutschland ungewöhnlich hoch erscheinen.

Für Messstandards und Vergleichbarkeit bei Umweltmessungen werden einheitliche europäische Regelungen gefordert, um Diskrepanzen zwischen den Mitgliedstaaten zu beseitigen.

• Bodenschutz: Ausnahmeregelungen für Landwirte bei roten und gelben Gebieten,

wenn sie als Verursacher von Bodenverunreinigungen ausgeschlossen werden können. (Überlagerung mit AK Landwirtschaft)

- Deutsche Grenzwerte dürfen nicht strenger als EU-Vorgaben sein.
- Bayern muss im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinwirken, dass keine weiteren Grenzwertverschärfungen stattfinden.

Umgang mit Tierseuchen

Die Afrikanische Schweinepest (ASP), die Vogelgrippe sowie die Maul- und Klauenseuche stellen eine erhebliche Bedrohung für landwirtschaftliche Betriebe und die damit verbundenen Wirtschaftszweige dar. In Anbetracht der potenziell verheerenden Folgen für Tiergesundheit und Landwirtschaft müssen effektive Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung entwickelt werden, die auf wissenschaftlicher Basis und pragmatischem Vorgehen gründen. Die AfD fordert lösungsorientierte Forschung, eine finanzielle Unterstützung für Landwirte und eine sinnvolle Beaufsichtigung der Betriebe, um Tierseuchen effektiv zu bekämpfen und die Biosicherheit zu stärken.

- Absicherung heimischer Betriebe und Gefahrenabwehr müssen oberste Priorität haben.
- Die Erforschung von Erregern und deren Ausbreitungswegen ist zu intensivieren.
- Genehmigungsverfahren für tiermedizinische Anwendungen zur Seuchenbekämpfung sind zu beschleunigen.

Stärkung der Landwirte als Umweltschützer

Ein entscheidender Schritt zur Stärkung der Landwirte ist die Reduzierung der bürokratischen Hürden, die ihnen oft im Weg stehen. Bürokratische Vorschriften müssen auf ein Minimum reduziert werden, um Landwirten die Flexibilität zu geben, schnell auf Umweltveränderungen zu reagieren und innovative Ideen umzusetzen.

Fortbildungen und Schulungen im Bereich umweltfreundlicher Anbaumethoden sollten für Landwirte leichter zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus fördern wir den direkten Austausch zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und landwirtschaftlichen Betrieben, um den Landwirten aktuelle Informationen zur Verfügung zu stellen und die Anwendung von Best Practices voranzutreiben. Nicht zuletzt müssen Landwirte für gesellschaftliche Umweltleistungen endlich angemessen entschädigt werden.

- Umweltmittel müssen verstärkt Landwirten zugutekommen, anstatt grünen NGOs.
- Landschaftspflege ist eine originäre Kernaufgabe der Landwirtschaft.
- Landwirten muss bei der Vergabe von Fördermitteln aus dem EU-Agrarhaushalt stets Priorität eingeräumt werden.

Förderung der Kreislaufwirtschaft

Ideologische Projekte wie Emissionshandelssysteme, die dazu führen, dass deutsche Industrien ins Ausland verlagert werden, lehnen wir strikt ab. Wir stehen zu unserer Verantwortung für

die Umwelt und sind uns bewusst, dass eine Verlagerung heimischer Industrien ins Ausland keineswegs einen positiven Beitrag für die Umwelt erbringt, sondern vielmehr das Gegenteil bewirkt. Denn vielfach ist zu beobachten, dass im Ausland vorherrschende geringere Umweltstandards insbesondere in der Dritten Welt mit verheerenden Umweltfolgen einhergehen. Alle in Deutschland produzierten Güter tragen damit in der Gesamtschau erheblich zu einer Ressourcenschonung und umweltfreundlicheren Wertschöpfungskette bei.

- Die Stärkung der Interessen unserer heimischen Industrie muss als Unterstützung des Umweltschutzes begriffen werden.
- Anstelle von CO₂-Kompensationsleistungen sollte in die Umweltfreundlichkeit der heimischen Industrie investiert werden.

Förderung des Tierwohls

Kurze Transportwege, artgerechte Haltungsmethoden und die Stärkung heimischer Wertschöpfungsketten gehen für uns Hand in Hand. Die Tierhaltung in Bayern braucht mehr Anreize anstatt staatlicher Gängelungen, um die gesellschaftlichen Ziele eines verstärkten Tierschutzes auch effektiv umsetzen zu können. Dazu gehört die Unterstützung regionaler Strukturen bei Schlachtung und Selbstvermarktung, um unnötiges Tierleid durch Langstreckentransporte einzudämmen. Es bringt dabei nichts, Standards zu etablieren, die am Markt vorbeiziele, nur um dieselbe Ware dann aus dem Ausland zu beziehen, wo wir effektiv keine Handhabe über die Haltungsbedingungen mehr haben.

- Erhalt unserer heimischen Schlachtfrastruktur: Bayern braucht ein umfassendes Gesamtkonzept, um zukünftige Schlachthofschließungen zu vermeiden. (Überlagerung mit AK Landwirtschaft)

- Förderung statt unnötiger Anforderungen: Bayerische Landwirte brauchen Planungssicherheit und finanzielle Anreize, um stärker in Tierwohl zu investieren.

- Erhalt landwirtschaftlicher Strukturen: Nur durch den Ausbau der regionalen Lebensmittelversorgung mit tierischen Produkten behalten wir die Kontrolle über die Produktqualität. Hierfür braucht es Vorgaben mit Augenmaß, um das Höfsterben nicht noch weiter zu forcieren.

AK 8: Bildung & Kultus **AK-Leiter: Oskar Atzinger**

1. Keine Behinderung des Lernerfolgs einheimischer Schüler durch Kinder, die nicht oder nur schlecht Deutsch sprechen

Nur wer die deutsche Sprache beherrscht, hat eine echte Chance auf schulischen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Bayern muss endlich aufhören, Probleme in die Grundschule zu verschieben – insofern war die Einführung der bereits seit langem von der AfD geforderten verbindlichen Sprachstandserhebung ein längst überfälliger Schritt. Sprachförderung beginnt spätestens im Kindergartenalter – verbindlich, konsequent und ohne falsche Rücksichtnahmen.

Die verpflichtenden Sprachkurse bei festgestellten Defiziten müssen vom Gesetzgeber stringent durchgesetzt werden. Wenn Eltern die Teilnahme an verpflichtenden Sprachkursen ablehnen, muss dies als Indiz für eine mangelnde Integration in die deutsche Gesellschaft gewertet werden.

tenden Kursen ihrer Kinder aktiv verhindern, müssen Sanktionen wie Bußgelder bis hin zu Kürzung von Kindergeld bzw. Sozialleistungen möglich sein.

Die Sprachförderung beginnt zwar bereits im Kindergartenalter, erfordert jedoch eine konsequente und umfassende Fortsetzung während der gesamten Schullaufbahn. Zuwandererkinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen dürfen nicht länger den Bildungserfolg der einheimischen Schüler beeinträchtigen. Zu diesem Zweck sollen die bestehenden Deutschklassen, die bisher auf ein Schuljahr beschränkt sind, entfristet und als eigener Schulzweig etabliert werden. Künftig sind spezielle Förderschulen einzurichten, wo immer möglich – insbesondere in Ballungsräumen. Der Übergang ins Regelschulsystem darf erst nach dem erfolgreichen Nachweis ausreichender Deutschkenntnisse erfolgen.

Das bestehende System der sprachlichen Förderkonzepte sollte hingegen vereinfacht werden. Bestehende Programme wie etwa DeutschPlus sind zugunsten des neuen Schulzweigs der Deutschklassen abzuschaffen.

Im Rahmen der Deutschklassen sollte der Religionsunterricht durch einen einstündigen Ethikunterricht ersetzt werden. Die dadurch gewonnene Stunde ist für die Vermittlung kultureller Bildung und Werteerziehung zu nutzen.

2. Wertevermittlung, Ideologiefreiheit und kritisches Denken

Unsere Schulpolitik strebt die Vermittlung von Wissen, Werten sowie eine Rückbesinnung auf das Gebot der politischen Neutralität an.

Bildung sollte Schüler befähigen, eigenständig zu denken und sich zu kompetenten, verantwortungsbewussten Bürgern zu entwickeln. Die zunehmende Ideologisierung von Bildungsinhalten durch Gender- und Umweltdiskurse lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für eine sachliche, leistungsorientierte und neutrale Schulbildung ein, die sich an den langfristigen Bedürfnissen des Einzelnen und der Gesellschaft orientiert.

Nur durch eine Rückkehr zur wertebasierten und ideologiefreien Schulbildung wächst eine junge Generation heran, die selbstbewusst und gut ausgebildet die Zukunft gestalten kann.

3. Geschichte und Gesellschaftskunde

Die Vermittlung eines umfassenden, zeitlich und räumlich kontextualisierenden Geschichts- und Gesellschaftsbildes steht im Fokus der einschlägigen Schulfächer. Dabei soll den Schülern ein grundsätzlich wertschätzender Zugang zur abendländischen Zivilisation und unserer deutschen Nation ermöglicht werden. Werte wie Freiheit und Demokratie sind besonders zu akzentuieren.

4. Lesen, Schreiben und Rechnen

Die Basiskompetenzen in Deutsch und Mathematik müssen die Grundlage jeder schulischen Bildung sein. Jeder Schulabgänger muss, unabhängig vom Bildungsabschluss, die deutsche Sprache in Wort und Schrift ausreichend beherrschen sowie über grundlegende mathematische Kompetenzen auf den Gebieten von Dreisatz, Prozent-, Bruch- und Zinsrechnung, bei linearen und quadratischen Zusammenhängen, elementargeometrischen Berechnungen etc. verfügen.

5. Stärkung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik)

Diese Fächer müssen intensiv gefördert werden, um den Schülern ein gutes Rüstzeug für technische und naturwissenschaftliche Berufe zu geben. Mathematik muss, unabhängig von der Schulart, von jedem Schüler als schriftliches Prüfungsfach verbindlich abgeprüft werden. Programmierkenntnisse und Technikverständnis müssen an allen Schularten verpflichtend gelehrt werden.

6. Berufsorientierte Bildung

Praktika und berufsvorbereitende Maßnahmen sollen ein fester Bestandteil aller weiterführenden Schulen sein, um Jugendlichen die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten aufzuzeigen.

Unser Ziel ist es, Schülern eine umfassende Ausbildung zu bieten, die sowohl intellektuelle als auch praktische Fähigkeiten fördert. Bildung muss den Einzelnen dazu befähigen, einen Beruf auszuüben und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

7. Digitalisierung des Unterrichts

Wir lehnen die derzeitige Form der flächendeckenden und ideologisch getriebenen Digitalisierungsoffensive im bayerischen Schulwesen entschieden ab. Statt einer vernunftgeleiteten Ergänzung des klassischen Unterrichts wird eine „totale“, d.h. teure, risikoreiche und pädagogisch fragwürdige Digitalisierung vorangetrieben, die weder Lehrer noch Schüler und Eltern überzeugt.

Wir sagen Ja zur Digitalisierung – aber

nur dort, wo sie nachweislich einen Mehrwert bringt, die Gesundheit der Schüler schützt, den Datenschutz wahrt und keine ideologische Zwangsbeglückung darstellt. Bayern braucht wieder einen Unterricht, der Kinder bildet, statt sie zu digitalen Konsumenten zu machen.

8. Kopftuchverbot für Schülerinnen unter 14 Jahren

Das Kopftuch ist ein Symbol für religiöse Bevormundung und oft auch für geschlechtsspezifische Unterdrückung.

In einer wichtigen Phase der Persönlichkeitsentwicklung muss der Staat die freie Entfaltung der Persönlichkeit und Gleichbehandlung unabhängig von Herkunft oder Religion gewährleisten.

Die Schule ist ein neutraler Bildungs- und Integrationsort, an dem auffällige religiöse Symbole soziale Barrieren schaffen und Integration erschweren können. Wir fordern, das Tragen von Kopftüchern und anderen weltanschaulich oder religiös geprägten Kleidungsstücken, die mit einer Verhüllung des Hauptes verbunden sind, für Schülerinnen unter 14 Jahren an allen öffentlichen Schulen in Bayern zu untersagen.

Das Verbot soll zur Schaffung eines einheitlichen Bildungsumfeldes beitragen und Orientierung an gemeinsamen Werten fördern.

AK 9: Wissenschaft & Kunst AK-Leiter: Ulrich Singer

Rundfunkreform jetzt – Bürger entlasten, Demokratie stärken!

Der Ruf nach einer echten Rundfunkre-

form wird seit Jahren ignoriert. Die Bürger lehnen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner jetzigen Form immer deutlicher ab; sie haben den Zwangsbeitrag satt. Doch die Wünsche nach tiefgreifenden Veränderungen des Rundfunks bleiben unerfüllt: Denn die CSU lässt regelmäßig Gelegenheiten zu echten Reformen verstreichen und versucht stattdessen, minimale Änderungen als großen Wurf zu verkaufen.

Daher fordern wir eine ehrliche und umfassende Reform des Rundfunks.

Unser Reformvorschlag basiert auf drei klaren, unmissverständlichen Säulen:

1. Umstellung der Finanzierung: Abschaffung des Zwangsbeitrags

Das duale Rundfunksystem bleibt bestehen. Doch der Zwangsbeitrag wird abgeschafft

Stattdessen gilt künftig ein faires, transparentes, öffentliches Verfahren:

- Die Landesrundfunkanstalten melden ihren Finanzbedarf an und veröffentlichen ihn.
- Die KEF prüft diesen Bedarf – sachlich, unabhängig, nachvollziehbar. Der Prüfbericht und alle Abstimmungen mit den Rundfunkanstalten werden veröffentlicht.
- Die Finanzierung erfolgt durch haushalterische Verpflichtungsermächtigungen durch die Länderparlamente.

Dadurch wird endlich Schluss gemacht mit dem sozial ungerechten System des sogenannten Beitragsservice. Mit dem Wegfall des überflüssigen Beitragsser-

vice fallen auch dessen Kosten in Höhe von Hunderten Millionen als echte Ersparnis für den Steuerzahler weg.

2. Transparenz und Reduzierung auf das verfassungsrechtliche Mindestmaß sowie Rückkehr zur journalistischen Pflicht

Das Angebot des ÖRR ist in den vergangenen Jahren völlig aus dem Ruder gelaufen. Während die Bürger immer seltener die Sendungen des ÖRR verfolgen und dessen Programmgestaltung immer stärker ablehnen, wächst stattdessen das Angebot immer weiter an – und damit steigen auch der Finanzbedarf sowie der Rundfunkbeitrag.

Das Programm muss deshalb auf das verfassungsrechtlich gebotene Minimum reduziert werden.

Unser Ziel: Weniger Eigenproduktion, Unterhaltung, Experimente. Stattdessen Fokus auf Information, Bildung, Kultur – neutral und faktenbasiert!

Künftig gilt eine strikte Verpflichtung zu Neutralität. Der ÖRR darf kein Parteifunk und kein moralischer Erziehungsapparat sein. Der Grundsatz der Neutralität verbietet eine ideologisch gefärbte Berichterstattung und verpflichtet zugleich zu einem fairen politischen Wettbewerb.

Zur geforderten Transparenz gehört prinzipiell, die Öffentlichkeit zu den Sitzungen aller Gremien – insbesondere der Ausschüsse und Unterausschüsse – zuzulassen.

3. Bestandsgarantie für den Bayerischen Rundfunk – Reform oder Neugründung

Die Landesrundfunkanstalten genießen eine Bestandsgarantie. Diese Bestandsgarantie gilt jedoch nicht für die individuelle Landesrundfunkanstalt. Sollte sich also eine Landesrundfunkanstalt als reformunfähig erweisen, müssen eine Auflösung und eine Neugründung erfolgen – zugunsten eines Rundfunks, der seinen Auftrag erfüllt und für die Öffentlichkeit transparent arbeitet.

Fazit: Weniger Zwang, mehr Freiheit – weniger Ideologie, mehr Demokratie!

Unsere Rundfunkreform schafft eine Entlastung der Bürger, belebt die demokratische Kontrollfunktion des Rundfunks als „vierte Gewalt“ und führt zu einem ÖRR, der wieder Dienstleister ist – nicht politischer Akteur.

AK 10: Infrastruktur & Eingaben AK-Leiter: Markus Striedl

Abschieben geht auch ohne Terminal

Die Staatsregierung plant ein eigenes Abschiebeterminal am Flughafen München. Hierbei handelt es sich um teure Symbolpolitik, die vom Kern des Problems ablenken soll:

Die von Friedrich Merz verkündete Asylwende ist gescheitert: Sie scheiterte an der geltenden Gesetzgebung, an Gerichtsurteilen etwa des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und am Willen der politischen Verantwortlichen – auch der CSU. Aber nicht am Fehlen eines Abschiebeterminals am Flughafen München!

Der Bauausschuss der Stadt Freising, auf deren Gebiet das neue Terminal errichtet werden soll, hat sich gegen das Projekt

ausgesprochen. Er macht vor allem naturschutzrechtliche Bedenken geltend.

Darüber hinaus wäre dieses mit einem enormen Personalaufwand und hohen Kosten verbunden, ohne dass erkennbar wäre, wie der Bau und Betrieb eines solchen Terminals zu mehr Abschiebungen führen sollen, wenn die politisch Verantwortlichen dieselben bleiben. Die CSU hat wiederholt öffentlich harte Maßnahmen in der Migrationsfrage gefordert, ohne diese jemals ernsthaft bei der Schwesterpartei oder dem Koalitionspartner im Bund anzumahnen.

Die traurige Wahrheit in Zahlen: 2024 wurden aus Bayern 3.010 Menschen abgeschoben, 2023 waren es überhaupt nur 2.364 Personen. Man braucht kein Abschiebeterminal, um acht Menschen am Tag abzuschieben; so viele haben in einem einmotorigen Flugzeug Platz. Zuerst benötigen wir den politischen Willen und die notwendigen Rahmenbedingungen; erst dann ist auch ein Abschiebeterminal sinnvoll.

So aber handelt es sich um eine doppelte Wählerverunglimpfung der CSU: einmal, weil der Wähler getäuscht wird, und zweitens, weil er dafür auch noch bezahlen soll!

Nein zu Tempo 30!

Die Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) wurde im Oktober 2024 erweitert und angepasst. Damit wurde eine flexiblere Errichtung von Tempo-30-Zonen möglich.

Dabei ist die Anzahl der Straßenkilometer mit Tempo 30 in Bayern ohnehin sehr hoch: In Regensburg sind inzwischen ca. 90 Prozent der Straßen als Tempo-30-Zo-

nen oder für noch geringere Geschwindigkeiten ausgeschrieben. In Nürnberg sind es schätzungsweise 80 bis 90 Prozent des Straßennetzes, in der Landeshauptstadt über 80 Prozent der Stadtstraßen. Auch in kleineren Städten ist Tempo 30 nicht unbedingt seltener.

Oftmals wird Tempo 30 mit Luftreinhaltegründen in Verbindung gebracht – die Belastung der Luft mit Schadstoffen nahm jedoch in den vergangenen 25 Jahren deutlich ab. Mittlerweile gibt es in Deutschland keine Überschreitungen der europaweit geltenden Grenzwerte für Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Benzol, Blei und Feinstaub (PM) mehr. Die Luftqualität hat sich so verbessert, dass die eingeführten Geschwindigkeitsbegrenzungen mit diesem Vorwand nicht mehr zu rechtfertigen sind.

Auch das Argument von weniger Abgasen im „Kampf gegen den Klimawandel“ greift nicht, da sich Deutschland auf der weltweiten Rangliste der CO₂-Emittenten mit einem globalen Anteil von 2 Prozent hinter China (29,7 Prozent), den USA (13,9 Prozent), Indien (6,9 Prozent), Russland (4,6 Prozent) und Japan (3,2 Prozent) bewegt.

Es ist an der Zeit, die „grünen“ Verbotsfantasien rückgängig zu machen und §3 StVO Geltung zu verschaffen: Er sieht eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h in geschlossenen Ortschaften vor. Das heißt nicht, dass automatisch alle Anordnungen von Tempo 30 aufgehoben werden sollen. Ob Sicherheitsbedenken greifen, ist genau abzuwägen: vor Schul- und Kindergärten sind die Beschränkungen auf tatsächliche Zeiten mit Schülerverkehr zu begrenzen. Wo Lärmschutzgründe vorliegen, sind Langzeitmessungen durchzuführen und

verkehrsfreundlichere Mittel zu prüfen.

Kehren wir also zu den Vorgaben der StVO zurück: Die Regelgeschwindigkeit beträgt innerorts 50 km/h. Daher unser Motto: Freie Fahrt für freie Bürger!

Bayern windradfrei

Immer wieder wird bekannt, dass Windräder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen: Im Februar 2024 wurde der Verkehr auf der Autobahn A 8 und der ICE-Strecke München – Stuttgart durch herabstürzende Teile eines Windrads stark beeinträchtigt. Es lassen sich viele andere Beispiele benennen, wie ein Windrad in Sachsen, das die A 14 gefährdet.

Anstatt nun der Sicherheit der Bürger den Vorrang zu geben, haben die Regierungsparteien einen Gesetzesentwurf zum Bayerischen Straßen- und Wegegesetz eingebracht: Der neu formulierte Art. 25 vereinfacht exklusiv Genehmigungsverfahren für Solar- und Windenergieanlagen. Das bisher notwendige Einvernehmen der Straßenverkehrsbehörde wird durch eine schlichte Stellungnahme ersetzt.

So fördert die Regierung rücksichtslos die Windkraft, obwohl die Folgen ihres umfassenden Ausbaus noch längst nicht hinreichend erforscht sind. Erst jüngst zeigt eine Studie zu Offshore-Windparks im Atlantik, die angeblich bis ins letzte Detail berechnet, abgesichert und modelliert sein sollen, dass keineswegs alle Auswirkungen bekannt sind (Infraschall, geänderte Wind- und Druckverhältnisse, Artenvielfalt u.v.m.).

Und bei alledem sei bemerkt, dass Deutschland bis 2030 seine Klimaziele – zu denen wir uns wohlgerne selbst

verpflichtet haben – trotz Windkraft nicht erreichen wird. Deshalb drohen uns Strafzahlungen in noch unbekannter Höhe: vielleicht 50, vielleicht 80 oder sogar 100 Milliarden Euro!

Ein Nutzen der Förderung von Windkraft ist also nicht gegeben. Und über die Gefahren und Langzeitfolgen, die von Windrädern ausgehen, ist zu wenig bekannt. Wir fordern daher die Beendigung jeder Förderung für Windräder und einen sofortigen Genehmigungsstopp.

Geförderter Wohnraum vorrangig für Deutsche

Die anhaltende Wohnraumknappheit stellt eine der größten Herausforderungen für die Zukunft der ländlichen, aber auch der urbanen Gebiete Bayerns dar. Während vielerorts Immobilienpreise und Baukosten steigen, haben insbesondere junge deutsche Familien mit mittlerem oder geringem Einkommen immer weniger Chancen auf finanzierbaren Wohnraum.

Das Abwandern der jungen Generationen bedroht die Lebendigkeit vieler Gemeinden, da regionale Verwurzelung und familiäre Bindung seit jeher die Grundlage bayerischer Traditionen bilden.

Die AfD-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zum Schutz und zur Förderung der einheimischen Bevölkerung. Nur durch gezielte politische Steuerung und konsequent auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnittene Maßnahmen kann verhindert werden, dass traditionsreiche Dörfer und Stadtviertel durch Entfremdung und Abwanderung ihren sozialen Zusammenhalt verlieren.

Dabei ist es notwendig, von der objekt-

bezogenen Förderung ab- und zu einer personenbezogenen Förderung überzugehen: Eine starke, generationenübergreifende Wohnpolitik, die den einzelnen Bürger in den Blick nimmt, sichert die Zukunftsfähigkeit Bayerns und erhält die Attraktivität des Landes als lebens- und familienfreundliche Heimat. Daher brauchen wir Modelle, die die einheimische Bevölkerung bei der Vergabe von Baugrund stärker berücksichtigen und leistbaren Wohnraum für diese fördern.

AK 11: Kommunales AK-Leiter: Andreas Winhart

Der AK 11 versteht sich als spezialisiertes Sprachrohr der bayerischen Kommunen. Er bündelt die Kompetenzen bereits bestehender Arbeitskreise, nimmt kommunale Anliegen systematisch auf, analysiert sie und erarbeitet praxistaugliche Lösungen. Als zentrales Problem benennt er die schwere finanzielle Schieflage der Kommunen, die aus immer neuen Aufgaben ohne hinreichende Gegenfinanzierung resultiert. Exemplarisch dafür steht die ausufernde illegale Migration, deren Folgekosten für Unterbringung, Beschulung und Versorgung vor Ort gestemmt werden müssen.

Parallel dazu verfällt die kommunale Infrastruktur in vielen Orten Bayerns. Hallenbäder müssen aus Geldmangel schließen; Bibliotheken, einst kulturelle Zentren, werden vernachlässigt oder geschlossen; auch Jugendzentren und Gemeindehäuser geraten unter Druck, weil knappe Budgets die Instandhaltung unmöglich machen. Der Zustand der Straßen verschlechtert sich sichtbar. Schlaglöcher und Risse häufen sich, aufgeschobene Reparaturen erhöhen

Unfallrisiken, beeinträchtigen die Mobilität – besonders im ländlichen Raum – und verursachen wirtschaftliche Schäden, etwa durch Verzögerungen und höhere Transportkosten.

Gleichzeitig sind bayerische Schulen massiv überlastet. In Kindergärten und Schulen steigt die Zahl der Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen rapide. An einzelnen Standorten liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei bis zu 90 Prozent. Zusätzliche Sprachförderung ist nötig, stößt aber wegen begrenzter Ressourcen häufig an Grenzen, die die Integration erschweren. Der höhere Betreuungsbedarf belastet ganze Klassen. Lehrer müssen mehr individuelle Förderung leisten, der reguläre Unterricht verlangsamt sich, und das allgemeine Bildungsniveau sinkt – leistungsstarke Schüler werden unterfordert, während Förderangebote nicht ausreichen

Unter diesen Lasten drohen immer mehr Kommunen zu kollabieren. Wir fordern ein Ende der Massenmigration und wollen den Kommunen das Recht geben, selbst zu entscheiden, ob sie weitere Asylbewerber aufnehmen können. Zugleich soll der „Geh-wo-m-Plan“ konsequent verfolgt werden, um alle illegal eingereisten Migranten abzuschicken; Straftäter und islamistische Gefährder müssen endlich konsequent ausgewiesen werden.

Auch die Energiepolitik steht im Fokus. Der dokumentierte Energiewende-Wahnsinn auf Kosten bayerischer Bürger führt zu massiv steigenden Strom- und Heizkosten, die Haushalte – besonders solche mit geringem Einkommen – an die Belastungsgrenze bringen. Preistreiber sind der staatlich vorangetriebene Ausbau erneuerbarer Energien, steigende Netz-

gebühren und die Abschaltung konventioneller Kraftwerke. In den vergangenen Jahren haben sich die Energiekosten vervielfacht. Der flächendeckende Ausbau von Wind- und Solarparks belastet zudem Anwohner und Umwelt. Windparks erzeugen Infraschall und Lärm mit möglichen gesundheitlichen Folgen, großflächige Solarparks führen zu Reflexionen und Erhitzungseffekten. Darüber hinaus verändern Windräder und Solarparks die bayerische Landschaft grundlegend. Wälder werden gerodet, Grundstücke entwertet, Biodiversität und Tourismus leiden spürbar. Wir treten deshalb für einen intelligenten, technologieoffenen Energiemix mit grundlastfähigen, wirtschaftlichen Energiequellen ein und wollen den einseitigen staatlichen Ausbau von unsicherem „Flatterstrom“ aus Wind und Sonne beenden, der die Bürger und die Kommunen übermäßig belastet.

Der Zwang zur kommunalen Wärmeplanung setzt die Kommunen noch zusätzlich unter finanziellen Druck. Wir wollen die freie Wahl der Heizungsart durch die Bürger beibehalten. Leider sind die überflüssigen Zwangs-Wärmeplanungen in den Kommunen bereits angelaufen. Der Freistaat übernimmt zwar einen Großteil der Kosten, die Kommunen bleiben aber auf einem Teil der Ausgaben sitzen. Die Kommune plant, wie geheizt werden soll, und der Hausbesitzer oder Wohnungseigentümer hat künftig kein Mitsprache- oder Entscheidungsrecht mehr. Das ist Dirigismus pur und wird von uns als Freiheitspartei grundsätzlich abgelehnt. Bestehende Infrastrukturen, insbesondere Erdgasleitungen, sind zu erhalten.

Verkehr, Infrastruktur, Digitales und Energie

- Datenschutz in der Digitalisierung priorisieren:

Wir fordern die datenschutzkonforme Gestaltung von Ausschreibungskriterien, die Entwicklung überregionaler Strategien mit Open-Source-Optionen und lokaler Nähe bei Vergaben sowie die Prüfung von IT-Personal und -Entwicklung auf Funktionalität und Wirtschaftlichkeit.

- Keine Bevorzugung von Elektrofahrzeugen:

Wir lehnen die Diskriminierung von Fahrzeugen nach Antriebsart durch kostenfreie Parkplatz-Angebote für Elektroautos ab. Die entsprechende Verordnung der Staatsregierung ist zurückzunehmen.

- Windkraftanlagen und Solarfelder:

Keine weitere Errichtung von Windkraftanlagen oder Solarfeldern über die Köpfe der betroffenen Bürger hinweg!

Bauen und Wohnen

- historische Straßennamen erhalten:

Ideologisch motivierte Umbenennungen von Gebäuden oder Straßen sind zurückzuweisen.

- Günstigen Wohnraum schaffen:

Kommunale Unternehmen sollen günstigen Wohnraum für Familien und weniger solvente Bürger ermöglichen. Das Eigentum bleibt bei den Kommunen, Vorbild ist der Gemeindebau in Wien.

- Bau von Radwegen:

Landkreise sollen sich beim Bau von selbst-

ständigen Radwegen mit überörtlicher Bedeutung finanziell beteiligen dürfen.

- Beschilderung von Radwegen:

Künftig muss es eine einheitliche Beschilderung von überörtlichen Radwegen geben. Völlig unterschiedliche Beschilderungen von Radwegen führen zur Unübersichtlichkeit.

- Rekonstruktionen historischer Gebäude ermöglichen:

Wir wollen die Rekonstruktion zerstörter oder stark veränderter historischer Gebäude erleichtern und – wo es sinnvoll erscheint – auch fördern. Wenn solche Bauten prägend für Ortsbild und Kulturgeschichte sind, sollen sie wieder erlebbar werden. Damit beleben wir historische Ortskerne, bewahren architektonisches Erbe und stärken das kulturelle Gesicht Bayerns.

Bildung und Kultur

- Schulen entpolitisieren:

Wir fordern politische Bildung nach dem Beutelsbacher Konsens auch auf lokaler Ebene. Der Einfluss von Lobbyorganisationen muss unterbunden und einseitiger ideologischer Aktivismus beendet werden. Wir wollen mündiges Denken fördern.

- Schulgebäude auf Vordermann bringen:

Wir fordern Bildungsstätten, die optimale Bildungsvoraussetzungen bieten, und legen dabei insbesondere großen Wert auf einen guten baulichen Zustand der Gebäude.

- Neutralität in öffentlichen Räumen:

Öffentliche Räume müssen fair genutzt werden können.

- Keine Islamisierung:

Den Verkauf und die Überlassung von Liegenschaften an islamische Organisationen lehnen wir ab.

- Heimatpfleger stärken:

Bayerns Heimatpfleger leisten unverzichtbare Arbeit für unser kulturelles Erbe. Ihr Fachwissen muss bei allen wichtigen Entscheidungen einbezogen werden – damit historische Substanz erhalten bleibt, regionale Identität gestärkt wird und Fehlentwicklungen vor Ort verhindert werden.

- Kommunale Museen und Ausstellungen schützen:

Unsere lokalen Museen brauchen Sicherheit – auch digitale. Wir wollen sie bei Sicherheits- und insbesondere IT-Sicherheitsfragen sowohl beratend als auch finanziell unterstützen, um ihre Sammlungen wirksam zu schützen. Die spektakulären Kunstdiebstähle der letzten Jahre, etwa in Paris, Dresden und anderen europäischen Städten, zeigen die Verwundbarkeit kultureller Einrichtungen. Bayern braucht hier – auch auf kommunaler Ebene – eine vorausschauende Sicherheitsstrategie.

Kommunale Finanzen

- Doppik (doppelte Buchführung) ist bis 2030 parallel einzuführen und bis 2035 verpflichtend vorzuschreiben:

Doppelte Buchführung soll für eine trans-

parente und verursachungsgerechte Darstellung der Finanzlage führen, um bessere Planung zu ermöglichen.

- Transparente Strukturen schaffen:

Schattenhaushalte sind zu unterbinden, Ausgründungen in GmbHs zu prüfen, Führungsgremien nach Eignung zu besetzen und Vergütungen sparsam zu halten.

Sicherheit und Recht

- Sicherheit von Traditionsveranstaltungen muss der Staat gewähren:

Traditionsveranstaltungen wie Christkindlmärkte, Faschingsumzüge oder Feste müssen vom Staat wirksam geschützt werden. Die Sicherheitskosten dürfen nicht auf Kommunen oder Vereine abgewälzt werden.

- Beflaggung von kommunalen Amtsbäuden:

Vor kommunalen Amtsgebäuden sollen künftig nur noch die Bundesflagge, die bayerische Staatsflagge sowie die Flagge der jeweiligen Kommune gehisst werden.

- Zivilschutz verbessern:

Der Zivilschutz für die bayerische Bevölkerung muss auf kommunaler Ebene gestärkt werden. Dafür sind lokale Stress-tests künftig verstärkt durchzuführen.

- Asylbewerber müssen gemeinnützige Arbeit leisten:

Alle Asylbewerber müssen künftig auf kommunaler Ebene zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden.

Gesundheit und Soziales

- Lokale Krankenhäuser stärken:

Die Schließung von kleineren Krankenhäusern muss verhindert werden, damit die Bürger umfassend und ortsnahe versorgt werden können.

Umwelt und Landschaft

- Schädlichen Klima-Aktivismus beenden:

Lokale Klimaneutralitätsziele sind aufzuheben, da sie nutzlos und kostspielig sind; auch „Klimachecks“ bei Entscheidungen sind zu unterbinden. Den Wassercent lehnen wir ab.

- Kommunalen Hochwasserschutz finanzieren:

Für Schutzmaßnahmen müssen vom Freistaat ausreichende Mittel bereitgestellt werden.

Die Vermarktung von regional erzeugten Lebensmitteln und Produkten ist zu fördern.

Stand 22.01.2026. Änderungen vorbehalten.



AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Max-Planck-Straße 1 • 81675 München

Telefon: 089 - 4126 2960

info@afd-landtag.bayern

www.afd-landtag.bayern